

## Spaltung zwischen Arm und Reich wächst

PARITÄTISCHER diskutierte über Armutsbericht

**B**remen ist Spitzenreiter: In kaum einem anderen Bundesland gibt es mehr überschuldete Menschen, mehr Kinder in Armut, mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Bremen ist aber auch ein Land mit vielen wohlhabenden Menschen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist in Bremen bereits Realität. Um die Lebenslagen ganz unterschiedlicher Zielgruppen im Land Bremen darzustellen, will der Bremer Senat im Sommer 2009 einen Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlichen. Bereits im Vorfeld wurden auf zahlreichen Veranstaltungen die dargestellten Ergebnisse und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armutsfolgen diskutiert. Auch der Paritätische Bremen nutzte den Entwurf, um drängende Armutsprobleme zu diskutieren und vor allem auf die Lebenssituation von Kindern, älteren und behinderten Menschen in Bremen hinzuweisen.

„Rund 30% aller Kinder in Bremen leben in Armut, rund 25% aller Bremerinnen und Bremer leben dauerhaft oder zeitweise auf Hartz IV-Niveau. Mehr als ein Viertel aller jungen Menschen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und werden deshalb auch zukünftig nur ein geringes Einkommen erzielen können“, stellte Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Verbandsrates, die bedrückenden Zahlen vor. Dabei falle Bremen deutlich in arme und reiche Stadtteile auseinander. Armut und Ausgrenzung bekämpfen, bedeutet für Wenzel vor allem, in Bildung zu investieren. „Wir müssen damit aufhören, Kinder nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen zu ver-



Veranstaltung des PARITÄTISCHEN zum Armutsbericht am 23. April 2009. Verbandsvorsitzender Gerd Wenzel erläutert Paritätische Positionen.

teilen. Und wir brauchen mehr Geld, damit in einer Schule alle Kinder individuell gefördert werden können“, so Wenzel. Zugleich forderte er auch, Steuern und Abgaben im Niedriglohnbereich zu senken.

Rudolf Martens vom Paritätischen Gesamtverband lobte die Qualität des Berichtes. „Man fühlt den politischen Willen, mit den Daten zu arbeiten“, so Martens. Bremen habe nach Hamburg das höchste Bruttoinlandsprodukt und damit ein großes Wirtschaftsvolumen, dennoch würden die Erwerbseinkommen sinken und mehr Menschen von Armut betroffen sein. Familien müssten mehr Geld für Kinder zu Verfügung haben. „Ein Erhöhung des Kindergeldes oder ein bedarfsdeckender Kinderregelsatz bedeutet, dass viele Familien nicht mehr in Armut leben müssen“, so Martens.

Heidemarie Rose, Abteilungsleiterin junge Menschen in der Sozialbehörde

stellte einen Zusammenhang zwischen Einkommensarmut, Bildungsarmut und Erziehungsarmut her „Rund 60% aller Familien, die mit Erziehungshilfemaßnahmen unterstützt werden, erhalten Arbeitslosengeld oder ähnliches“, so Rose. Wichtig sei es, die Einkommen der Familien zu steigern, zum Beispiel für Alleinerziehende die Arbeitsmöglichkeiten durch flexible Kinderbetreuung zu verbessern. Man müsse aber auch für arme Kinder und Jugendliche mehr Möglichkeiten zur Teilnahme an Schul- oder Sportveranstaltungen eröffnen. In Stuttgart zum Beispiel gäbe es Bonuskarten für Familien mit geringen Einkommen. Schulen erhielten dort pro Kind mit Bonuskarte zusätzlich 100 Euro im Jahr, um Schulfahrten, Ausflüge oder zusätzliche kostenlose Mittagessen für die Kinder zu finanzieren. „Elternschaft darf nicht zu Armut führen“, forderte Peter Krams vom Kinderschutzbund. Elternbildung, kostenfreie Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen seien

geeignete Maßnahmen, um Familien zu unterstützen.

Armut im Alter sei im Vergleich zu Kinderarmut in Bremen derzeit kein drängendes Problem, so Klaus Krancke vom Sozialressort. Allerdings würden Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs in Zukunft dazu führen, dass mehr ältere Menschen nur kleine Renten zu erwarten haben. Auch Einsamkeit und fehlende Kontakte zu Angehörigen seien Probleme. „Medikamente, Zahnversorgung, eine gute Pflege und Betreuung aber auch eine Taxifahrt zum Seniorencafé oder ins Theater kosten Geld. Wer alt wird und aufgrund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen Unterstützung braucht, wer keine Angehörigen und nur wenig Geld hat, der ist in Gefahr, vom gesellschaftlichen Leben völlig ausgeschlossen

zu werden“, so Krancke. Marion Woyceck vom Dienstleistungszentrum Blumenthal schilderte die Situation von armen alten Menschen im Stadtteil. „Manche älteren Menschen geben mehr als 50% ihrer Rente für die Miete aus. Dann wird bei der Heizung gespart, was zu Schimmelpilz in Wohnungen und Krankheiten führen kann“, so Woyceck. Wichtig sei auch, genau hinzuschauen und auch verdeckte Armut wahrzunehmen. „Im Bremer Stadtteil Huchting gibt es Seniorenscoots, die ältere Menschen in ihren Wohnungen aufsuchen und ihnen Hilfe anbieten“, so Woyceck.

„Ebenso wie ältere Menschen brauchen auch behinderte Menschen einfach mehr Geld, um ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu realisieren“, sagte Dieter Stegmann von der Landes-

arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen. Dabei sei es häufig so, dass gerade Jüngere aufgrund ihrer Behinderung keinen Schul- und Ausbildungsabschluss erwerben könnten, arbeitslos und zeitlebens auf Sozialhilfe angewiesen seien. Stegmann forderte eine Anerkennung von Schulabschlüssen auch unterhalb des Hauptschulniveaus und verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

„Das Thema Armut muss in Bremen zum Querschnittsthema werden“, verlangte Gerd Wenzel zum Abschluss. „Auch Handelskammer und Bremer Wirtschaft müssen die Armutsbekämpfung zu ihrem Thema machen.“

## Bremer Infotelefon Psychiatrie

Heißer Draht in seelischen Notlagen

**W**as tun in einer psychischen Krise? Ab dem 2. April können Betroffene in seelischen Notlagen, aber auch Freunde und Angehörige, Arbeitgeber, Ärzte und Fachleute PLAN-P, das Bremer Infotelefon Psychiatrie, anrufen. Die Studien der Krankenkassen belegen es: Psychische Erkrankungen nehmen stetig zu. Viele psychisch kranke Menschen werden von ihren Ärzten gut unterstützt. Wenn sich jedoch die psychiatrischen und sozialen Schwierigkeiten häufen, wissen sie nicht, an wen sie sich wenden können. In Bremen gibt es zwar eine Fülle an Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangeboten, doch an keiner Stelle ist eine Übersicht oder ein Wegweiser über die gesamte Angebotspalette vorhanden. Diese Lücke will PLAN-P, das Infotelefon Psychiatrie, schließen. Träger des Infotelefons ist die Bremer Werkgemeinschaft (BWG). Der sozialtherapeutische Verein engagiert sich seit mehr als 30 Jahren für Menschen mit psychischen Erkrankungen.



Martha Söker informiert über Angebote für psychisch kranke Menschen.

„Insbesondere neu erkrankte Menschen und ihr soziales Umfeld, professionelle oder ehrenamtliche Helfer, Ärzte oder Therapeuten nutzen die neue Möglichkeit, sich umfassend über das Hilfesystem in Bremen zu informieren“, sagt Sozialpädagogin Martha Söker. Sie wird das Infotelefon fachlich betreuen. Die Idee zu PLAN-P hat sich im Arbeitsalltag entwickelt. „Unsere

Mitarbeiter machen die Erfahrung, dass uns betroffene Menschen vermittelt werden, die bei uns gar nicht an der richtigen Adresse sind. Das stellt sich aber häufig erst nach aufwendigen Aufnahmegesprächen heraus“, so die Geschäftsführerin Tina Macholdt. „Vor dem Hintergrund immer enger werdender Finanzmittel soll das Infotelefon dazu beitragen, passgenaue Angebote zu finden und Folgekosten zu vermeiden.“

Martha Söker hat für PLAN-P eine ausgefeilte Datenbank mit Adressen im Bremer Stadtgebiet erstellt. „Im Zuge meiner Recherche haben viele freie und kommunale Träger die Initiative der Bremer Werkgemeinschaft begrüßt. Auch sie sind froh, endlich einen Wegweiser durch den psychiatrischen Angebotsdschungel zu erhalten“, so Söker.

Ansprechpartnerin: Martha Söker  
 Telefon 0421-2473600  
[www.bremerwerkgemeinschaft.de](http://www.bremerwerkgemeinschaft.de)

# Immer in der Nähe

Dienstleistungszentren helfen älteren und behinderten Menschen

**D**ie Dienstleistungszentren (DLZ) in den Stadtteilen sind die zentralen Kontaktstellen für ältere Menschen und ihre Angehörigen. Damit ein älterer Mensch so lange wie möglich in seiner eigenen Wohnung leben kann, braucht er Beratung und Unterstützung. Das bieten die Dienstleistungszentren. In Bremen gibt es 17 DLZ, sieben davon leitet die Paritätische Gesellschaft für Soziale Dienste. In den Paritätischen DLZ wurden im letzten Jahr rund 2900 ältere Menschen beraten und betreut.

Ältere Menschen erhalten Beratung, Begleitung und Unterstützung durch die Dienstleistungszentren.



„Die meisten der von uns betreuten Menschen leben allein und sind über 80 Jahre alt. Für sie ist das persönliche Gespräch sehr wichtig“, sagt Detlef Luthe, Geschäftsführer der Paritätischen Gesellschaft für Soziale Dienste. So wird bei der ersten Kontaktaufnahme oft ein Hausbesuch vereinbart. Die DLZ – Mitarbeiterin erläutert, welche Hilfsangebote es im Stadtteil gibt und welche finanzielle Unterstützung möglich ist. Sie vermittelt konkrete Hilfen, zum Beispiel Unterstützung im Haushalt, Pflege oder Essen auf Rädern. Gemeinsam wird auch überlegt, wie man das Leben in der Wohnung leichter und barrierefreier gestalten kann. „Eine rutschende Teppichkante oder ein fehlender Griff im Bad können zu Unfällen führen, die man leicht vermeiden kann“, so Luthe.

Rund 1.200 Nachbarschaftshelferinnen sind für die DLZ im Einsatz. Im

Schnitt ein- bis dreimal in der Woche besuchen sie ihren „Kunden“, erledigen Hausarbeit oder Einkäufe und begleiten bei Arztbesuchen oder Spaziergängen. Die Nachbarschaftshelferinnen werden durch die DLZ für ihre Arbeit qualifiziert, denn oft ist der Umgang gerade mit demenzkranken älteren Menschen nicht einfach und verlangt neben Zuwendung auch solide Kenntnisse über das Krankheitsbild.

Alle Dienstleistungszentren bieten noch weitere „Extras“ an: Mittagstische für Senioren, Austauschtreffen für pflegende Angehörige, Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz und gesellige Angebote. Wenn z.B. ein älterer Mensch nach einem Krankenhausaufenthalt umfangreichere Hilfen benötigt, so können auch diese von den DLZ-Mitarbeiterinnen organisiert werden. „Wir arbeiten mit Krankenhäu-

sern, Pflegediensten und vielen sozialen Anbietern im Stadtteil zusammen und können deshalb schnell und unbürokratisch helfen“, so Detlef Luthe.

Immer mehr ältere Menschen benötigen die Hilfe der Dienstleistungszentren, immer vielfältiger werden die Aufgaben. Sorge bereitet Detlef Luthe die Finanzierung des Angebotes. Bislang erhalten die Paritätischen Dienstleistungszentren rund 670.000 Euro pro Jahr aus dem Sozialhaushalt, zusätzlich zahlen die Kunden für Beratung und Vermittlung von Nachbarschaftshelferinnen. „Der Anteil der öffentlichen Mittel ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Wir brauchen aber einfach mehr Geld, um die steigenden Anforderungen zu erfüllen und um unsere Mitarbeiterinnen vernünftig bezahlen zu können“, so Luthe.

# SOS - Kinder- und Jugendhilfen

Zehn Jahre aktiv in Bremen und Umland

**W**eltweit steht das Konzept der SOS-Kinderdorfgemeinschaften seit 60 Jahren für Erziehung und Betreuung von elternlosen Kindern in familienähnlichen Gemeinschaften. Dass

sich die Organisation SOS-Kinderdorf gewandelt und sehr unterschiedliche Angebote entwickelt hat, ist in der Bremischen Öffentlichkeit mittlerweile bekannt. Seit 10 Jahren sind nämlich die SOS- Kinder- und Jugendhilfen in

Bremen, Verden und im bremischen Umland aktiv und helfen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in schwierigen Lebenslagen.

Fortsetzung Seite 4



Mitarbeiter und Kinder der Tagespflege gratulieren SOS zum 30jährigen Geburtstag.

An neun verschiedenen Standorten in der Bremer Neustadt, in Brinkum und in Verden bietet der Verein ambulante und stationäre Betreuungsmöglichkeiten. Eine Kinderwohngruppe, eine Tagesgruppe für Kinder, Wohngemeinschaften für Jugendliche und junge Erwachsene, ambulante Einzelbetreuung, sozialpädagogische Familienhilfen, ein Mütterzentrum und ein Projekt für Schulverweigerer gehören zum Leistungsprofil.

Rund 100 „Fälle“ werden pro Monat unterstützt. „Die wichtigste Frage für uns ist immer, welche individuellen Hilfen ein Kind oder ein Jugendlicher in seiner aktuellen Lebenssituation benötigt und wie diese Unterstützung unter Beteiligung aller, auch der Eltern, Großeltern, Geschwister oder anderer Bezugspersonen erfolgen kann“, sagt Karin Mummenthey, Leiterin der SOS-Kinder- und Jugendhilfen. Dieser systemische Arbeitsansatz verlangt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel ab und ist auch ein Balanceakt. „Wir müssen die Kinder oftmals gleichzeitig vor ihren leiblichen Eltern schützen und ihnen Kontakte zu stabilen Bezugspersonen ermöglichen. Deshalb arbeiten wir auch mit den Eltern, damit sie langfristig wieder die Sorge für ihr Kind übernehmen können“, so Mummenthey. Die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die der Verein betreut, leiden an psychischen Erkrankungen oder Essstörungen, oft haben sie schon einen Aufenthalt in

der stationären Psychiatrie hinter sich. Neben Sozialpädagogen kümmern sich auch Psychologen und Therapeuten um die jungen Menschen. „Gerade für diese jungen Menschen, die einer regulären Ausbildung und Beschäftigung nicht gewachsen sind, braucht es eine Tagesstruktur, die stabilisiert aber zugleich auch motiviert und fördert. Deshalb sind unsere Mitarbeiter gemeinsam mit den Jugendlichen auch immer auf der Suche nach angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten.“

Karin Mummenthey ist von Anfang an dabei und kann auf etliche neue Projekte im Laufe der 10 Jahre zurückblicken. Besonders stolz ist sie auf Projekte, die die Arbeit des Trägers fachlich verbessert haben. „Mit der Gründung der Kinderwohngruppe in Bremen-Habenhausen konnten wir das Konzept der Eltern- und Familienarbeit für den gesamten Träger weiter entwickeln. Mit der Übernahme des Mütterzentrums Bremen-Neustadt haben wir unsere Präsenz im Stadtteil intensiviert. Und mit der konsequenten Weiterentwicklung von ambulanten Maßnahmen haben wir jetzt bessere Möglichkeiten, individuelle und flexible Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen“, so Mummenthey.

Engagiert sind die SOS-Kinder- und Jugendhilfen auch im PARITÄTISCHEN Bremen. Sie sind Mitbegründer des Paritätischen Erziehungshilfenetzes, einem Zusammenschluss von 11 Mitgliedsorganisationen aus dem Arbeitsfeld Erziehungshilfe. Ziel des Erziehungshilfenetzes ist es, die Vernetzung, Kooperation und Qualitätsentwicklung der einzelnen Träger zu verbessern.

Zukünftig will sich SOS-Bremen stärker dem Thema Bildung widmen. In der Stadtteilschule Obervieland küm-

mert man sich zum Beispiel mit dem Projekt „Strickleiter Süd“ um Kinder, deren Schulabschluss gefährdet ist, weil sie nicht mehr regelmäßig zur Schule gehen oder ihnen andere Probleme über den Kopf wachsen. Auch mit anderen Schulen will man künftig enger zusammenarbeiten.

### Richtigstellung

Zum Artikel Persönliches Budget noch wenig genutzt“ in: Der Paritätische Bremen, 2/2009, S. 1 zum Satz: „Wenn Fachpersonal bewilligt sei, sich der behinderte Mensch aber für Unterstützung durch Laien entscheide, so könne er das eingesparte Geld für andere Hilfeleistungen nutzen.“

### Tatsächlich ist es so:

Der Sozialhilfeträger ermittelt gemeinsam mit dem behinderten Menschen dessen Bedarf – quantitativ und qualitativ. Wird dabei festgestellt, dass sie/er notwendigerweise durch Fachpersonal betreut oder gepflegt werden muss, wird dies so vereinbart (wird kein Fachpersonal benötigt, darf es sozialhilferechtlich auch nicht bewilligt werden). Der behinderte Mensch kann von dieser Vereinbarung nicht einseitig abrücken, z.B. statt Fachpersonal geringer entlohnte Laienhelfer beauftragen und das „überschüssige“ Geld anderweitig verwenden – dabei entstünde die Gefahr einer Schlechtversorgung, evtl. gesundheitlicher Schäden. Außerdem muss sie/er dem Sozialhilfeträger am Ende der Vereinbarungsperiode auch die zweckentsprechende Mittelverwendung nachweisen.

Stellt der behinderte Mensch fest, dass sich sein Bedarf ändert (mehr, weniger, anders), wendet sie/er sich an den Sozialhilfeträger, damit der Bedarf neu bewertet und das Budget entsprechend angepasst werden kann.

Dr. Karin Lüsebrink